

„Grundgebot der Versöhnung“

Eine Koalition von Politikern aus Union und SPD will auch nach dem angekündigten Gewaltverzicht der RAF keine Kompromisse schließen. Während die historische

Chance, die Blutspur des Terrorismus zu beenden, im Parteiengenzänk zerredet wird, kündigt Justizminister Kinkel neue Schritte zum Abbau der Konfrontation an.

Kurz vor Ostern herrschte bei den Terrorismusfahndern des Wiesbadener Bundeskriminalamtes (BKA) erhöhte Alarmbereitschaft. Ein Jahr nach dem Mord an Treuhand-Chef Detlev Karsten Rohwedder, der am Ostermontag 1991 in seiner Düsseldorfer Wohnung erschossen worden war, befürchteten die Kriminalisten ein neues Attentat der terroristischen Roten Armee Fraktion (RAF). „Wir rechnen täglich damit“, prognostizierte ein hoher Beamter, „daß es wieder knallt.“

Die Experten hatten sich, wie so oft bei ihren Analysen in den letzten Jahren, getäuscht. Womöglich knallt es nie wieder.

Nach über 20 Jahren bewaffneten Kampfes, der zwischen 1971 und 1991 mehr als 50 Menschen das Leben kostete, kündigten die Terroristen, wenn auch unter Bedingungen, unerwartet einen vorläufigen Gewaltverzicht an.

„Wir haben uns entschieden, daß wir von uns aus die Eskalation zurücknehmen“, heißt es in einem RAF-Papier, datiert am 10. April, das am Montag vor Ostern im Bonner Büro der französischen Nachrichtenagentur Agence France-Presse einging.

Die Kommandoebene der RAF gesteht darin das Scheitern ihres Stadtguerilla-Konzepts ein. Nun müsse, vorerst ohne Gewalt, eine neue „Gegenmacht von unten“ organisiert werden: „Wir werden Angriffe auf führende Repräsentanten aus Wirtschaft und Staat für den jetzt notwendigen Prozeß einstellen“ –

ein Einlenken, auf das Polizisten und Politiker längst nicht mehr gehofft hatten.

Zu lange hatten die Terroristen alle Appelle ignoriert, der Gewalt zu entsagen. Zu lange hatte die RAF demonstriert, daß es gegen Terrortaten keinen absoluten Schutz gibt.

Die plötzliche Waffenstillstandserklärung (fingierter Absender: „K. Meyer,

Erlenweg 5, 8 München“), von BKA-Sachverständigen kurz nach Eingang als echt bestätigt, könnte der Anfang vom Ende der blutigen Konfrontation zwischen einer Handvoll Desperados und dem Staat bedeuten.

Ohnmächtig mußten Bürger und Politiker jahrelang hinnehmen, daß es den Terroristen immer wieder gelingen konnte, Führungskräfte hinterrücks zu erschießen oder in die Luft zu sprengen. Die Liste der prominenten RAF-Opfer reicht von Generalbundesanwalt Siegfried Buback, der am 7. April 1977 in seinem Dienstwagen ermordet wurde, bis zu Treuhand-Chef Rohwedder.

Nicht der hochgezüchtete Sicherheitsapparat des Staates mit seinem Fahnendruck war es, der die Terroristen zur Umkehr bewogen hat. Mehr dazu beigetragen hat eine Initiative von Bundesjustizminister Klaus Kinkel (FDP), der Anfang des Jahres die Entlassung kranker oder schon lange eingesperrter RAF-Häftlinge angeregt hatte.

Kinkels Anstoß zur „Versöhnung“ konnte von den Terroristen, allein schon im Interesse der Häftlinge, nicht rundweg verworfen werden. Er wird von den RAF-Autoren als Indiz gewertet, „daß es Fraktionen im Apparat gibt, die begriffen haben, daß sie Widerstand und gesellschaftliche Widersprüche nicht mit polizeilich-militärischen Mitteln in den Griff kriegen“.

Auch auf die Gefahr von Mißverständnissen hin will Kinkel bei seiner Linie bleiben: „Versöhnung ist

Gesuchte Personen, die der Baader-Meinhof-Bande angehören, mit ihr in Verbindung stehen oder sie unterstützen



Baader, Andreas, 42, 43 München
Häftling



Meinhof, Ulrike, 40, 41 Köln
Häftling



Meinhof, Holger, 40, 41 Köln
Häftling



Gysi, Gudrun, 42, 43 Berlin
Häftling



Carl, Jan, 36, 37, 44 Berlin
Häftling



Schabert, Ina, 37, 44
Frankfurt
Häftling



Arndt, Axel, 35, 44 Hannover
Häftling



Schmidt, Renate, 35, 44
Aachen
Häftling



Bock, Bernhard, 35, 44 Berlin
Häftling



Isenhardt, Ingrid, 35, 44
Hamburg
Häftling



Fehrer, Albert, 35, 44
Hamburg
Häftling



Kinkel, Klaus, 35, 44
Hamburg
Häftling



Isenhardt, Ingrid, 35, 44
Hamburg
Häftling



Meinhof, Brigitta, 35, 44
Hamburg
Häftling



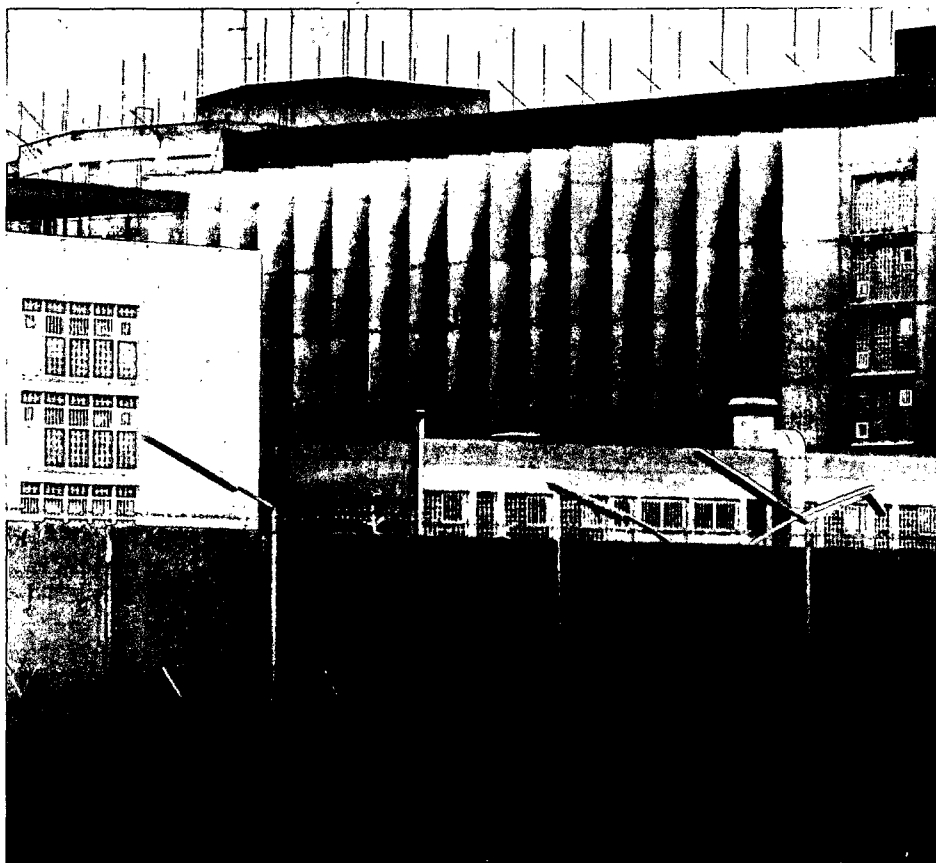
Seibert, Ralf, 37, 44
Berlin
Häftling



Baur, Jürgen, 37, 44
Berlin
Häftling

Vorsicht Schußwaffen!

Fahndung nach den RAF-Gründern (1972)
„Die Eskalation zurücknehmen“



Staatsschutz-Symbol Stammheim, RAF-Emblem: „Ohne Haftsituation keine RAF mehr“

ein Grundgebot moralisch-ethischer Haltung und ein Prinzip christlichen Denkens“ (siehe Interview Seite 20).

In Bonn stießen Kinkels Vorschläge sofort auf den Widerstand von Betonköpfen aus Union und Sozialdemokraten. Schon bevor das Papier aus dem Untergrund sorgfältig analysiert war, über eine angemessene Antwort des Staates an die RAF überhaupt beraten wurde, kamen die altbekannten Reflexe bei den Politikern zum Vorschein.

Aus der Ferne mühte sich zwar Kanzler Helmut Kohl, derzeit zur Fastenkur in Österreich, mehr Besonnenheit in die Debatte zu bringen. Ausdrücklich ließ er seinen Regierungssprecher Norbert Schäfer den Gewaltverzicht begrüßen und kündigte für die Woche nach Ostern Beratungen zum weiteren Umgang mit den Terroristen an.

Dennoch kritisierte CSU-Chef Theo Waigel ungerührt, der Justizminister setze sich dem Verdacht aus, die RAF als Verhandlungspartner zu akzeptieren. Innenminister Rudolf Seiters (CDU) wollte die mögliche vorzeitige Entlassung von Terrortätern auf gar keinen Fall im Zusammenhang mit dem RAF-Papier debattieren.

Norbert Geis, rechtspolitischer Sprecher der Unionsfraktion, polemisierte gegen eine „Sonderbehandlung“ von RAF-Gefangenen. Und auch die stellvertretende SPD-Chefin Herta Däubler-

Gmelin warnte vor „Geschäften mit Terroristen“ – ganz so, als habe der Staat den Terrorismus im Griff gehabt.

Doch um Verhandlungen mit der RAF, um Geschäfte mit den Terroristen gar, geht es überhaupt nicht. Fast zum Nulltarif offeriert die RAF, die das



Scheitern ihrer Strategie eingesteht, die Chance zum Frieden: Sie bietet Gewaltverzicht sowie den Einstieg in eine politische Auseinandersetzung; sie erwartet dafür zunächst nur, daß Staat und Justiz die ohnehin anstehende Haftüberprüfung bei einer Reihe von RAF-Häftlingen wohlwollend entscheiden.

Zwar sind die RAF-Angebote, pflichtgemäß, mit martialischen Dro-

hungen garniert: Die RAF werde „nicht tatenlos anschauen“, wenn der Staat weiter mit „Repression und Vernichtung“ reagiere. Doch das Papier erfüllt eine Forderung, die gerade von den Wortführern der „Gegenreformation“ (Kinkel) immer wieder als Vorbedingung etwa für Hafterleichterungen genannt wurde: den Verzicht auf Gewalt.

Die Kritiker haben nicht verstanden, worum es Kinkel wirklich geht: die Behauptung der Terroristen zu entkräften, RAF-Häftlinge würden länger und unter schlechteren Bedingungen eingesperrt als andere Straftäter.

Tatsächlich hat die in Einzelfällen praktizierte besondere Strenge gegenüber RAF-Gefangenen den Terroristen mehr Anhänger zugeführt und mehr Sympathien eingetragen als alle politischen Parolen. Kinkel: „Ohne Haftsituation keine RAF mehr.“

Ganz oben auf Kinkels Freilassungsliste stehen deshalb RAF-Gefangene, die schon sehr lange sitzen und von Anwälten sowie Ärzten zum Teil als haftunfähig bezeichnet werden:

- ▷ Irmgard Möller, 44, die 1977 als einzige die Stammheimer Selbstmord-Aktion schwerverletzt überlebte, wegen Mordes und Mordversuchs zu lebenslanger Haft verurteilt wurde und seit fast 20 Jahren einsitzt;
- ▷ Günter Sonnenberg, 37, der bei seiner Festnahme 1977 einen Kopfschuß erlitt, seitdem unter Gedächtnisstörungen und Anfällen leidet, und 1978 wegen versuchten Mordes zu lebenslänglich verurteilt wurde;
- ▷ Bernd Rößner, 45, wegen des Attentats 1975 auf die deutsche Botschaft in Stockholm ebenfalls zu lebenslanger Haft verurteilt und nach 17 Jahren Gefängnis körperlich und seelisch beschädigt.

Bei insgesamt sieben RAF-Häftlingen steht dieses Jahr die Entlassung oder die reguläre Haftüberprüfung an. Selbst wenn all diese Inhaftierten, wie von Kinkel geplant, in den nächsten Monaten freikämen, könnte von einem Sieg der RAF keine Rede sein.

Tatsächlich sind die Extremisten offenbar inzwischen zu der Einsicht gelangt, daß sie mit ihrem Vorhaben, die gesellschaftlichen Bedingungen in der westlichen Welt mit individuellem Terror zu verändern, gescheitert sind. Das jüngste RAF-Papier ist jedenfalls ein Dokument der Niederlage.

Erstmals analysieren die Untergrundkämpfer selber schonungslos, was ihnen Kritiker aus dem linken Umfeld schon seit Jahren vorwerfen: daß ihre furchtba-

ren Aktionen nichts bewirken, daß sie nie eine Alternative entwickelt haben, daß es keine Massenbasis für die Stadtguerilla gab und gibt. „Wir haben“, heißt es in der Verlautbarung, „keine Anziehungskraft mehr für die Menschen hier entwickelt, die gemeinsames Handeln möglich macht“ – eine realistische Bestandsaufnahme, die es seit Gründung der RAF so noch nicht gegeben hat.

Begonnen hatte der Terror Anfang der siebziger Jahre mit Anschlägen auf amerikanische Hauptquartiere, als Protest gegen „US-Imperialismus“ und Vietnamkrieg. Damals habe sich die RAF, erinnert sich Ex-Terrorist Klaus Jünschke, in einem „Weltbürgerkrieg“ gewähnt (siehe Seite 22).

Nach Festnahme der RAF-Gründer Andreas Baader, Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin gerieten zunehmend Exponenten des verhaßten kapitalistischen Systems, wie etwa der Bankier Jürgen Ponto und Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer, ins Visier.

Die dritte Generation der RAF, die seit 1985 bombt und schießt, begründete ihre Verbrechen zunächst mit dem Krieg gegen Rüstungsindustrie („militärisch-industrieller Komplex“) und Ausbeutung der Dritten Welt. Seit 1989, nach Mauerfall und Zusammenbruch des Ostblocks, haben sich die Untergrundkämpfer jedoch zunehmend auf den Kampf gegen die „imperialistische Bestie“ und die „reaktionären großdeutschen und westeuropäischen Pläne zur Unterwerfung und Ausbeutung der Menschen“ im Osten eingeschossen.

Vergeblich versuchten Politiker und Polizisten, die Gewalt mit Härte und mit der Vergrößerung des Verfolgungsapparats einzudämmen.

Die Bundestagsabgeordneten stimmten über Parteigrenzen hinweg für das Kontaktsperregesetz, das die Verteidigerrechte so stark einschränkte wie nirgends in Westeuropa, und beschlossen die Einführung neuer Straftatbestände. Horst Herold, ein Jahrzehnt als BKA-Chef mit der RAF konfrontiert, versuchte die Staatsfeinde mit der Informationsmacht von Computern zu besiegen, bis er sich selbst im Gestrüpp seiner Datensammlungen verding und fiel.

In Stuttgart-Stammheim wurde der Hochsicherheitstrakt errichtet, ein zu Beton erstarrtes Symbol unbeugsamer Staatsräson. Das Bundeskriminalamt wurde zur größten Polizeizentrale Europas ausgebaut – und wurde mit der terroristischen Bedrohung doch nie fertig.

Dennoch spielen sich vor allem Unionspolitiker jetzt als Sieger auf. Aus München ließ sich Innenminister Edmund Stoiber vernehmen, die Umkehr der RAF sei das „Verdienst der konsequenten Haltung des Staates und der Sicherheitsbehörden, die Verhandlungen mit der RAF abgelehnt und diese als

Schwerstkriminelle behandelt“ hätten. Und im *Bayernkurier* wies Waigel jeden Gedanken an eine „Versöhnung“ zurück.

Daß Kabinettskollegen wie Waigel jegliches Umdenken ablehnen, betrachtet Kinkel nicht als Hindernis für weitgehende Überlegungen: Sogar eine Novellierung der Antiterrorgesetze und ein Abbau des aufgeblähten Sicherheitsapparats erscheinen dem Justizminister nun möglich.

Zwar ist die RAF, nach Einschätzung der Sicherheitsexperten, jederzeit in der Lage, ihre mörderischen Aktivitäten wieder aufzunehmen. Sie hat auch unverhohlen damit gedroht: Sollte die staatliche

Seite weiter auf „Krieg gegen unten“ setzen, heißt es in dem RAF-Papier, sei „die Phase des Zurücknehmens der Eskalation vorbei“.

Doch Kinkel ist zuversichtlich, daß es soweit nicht mehr kommen wird. Hinter das Eingeständnis, daß ihre Strategie gescheitert sei, könnten die RAF-Täter nicht mehr zurück. Und die langjährige grüne Bundestagsabgeordnete Antje Vollmer, die sich seit Jahren in Gesprächen mit Häftlingen um Deeskalation bemüht, hat in dem Untergrund-Papier sogar „sehr schöne Sätze“ entdeckt, zum Beispiel die Ankündigung der RAF: „Wir werden demnächst über alles genauer reden.“

„Eine erhebliche Chance“

Justizminister Klaus Kinkel (FDP) über Terrorismus, Staat und Gewalt

SPIEGEL: Herr Kinkel, ist mit der jüngsten Erklärung der Roten Armee Fraktion, nach 20 Jahren Eskalation der Gewalt, das Ende des RAF-Terrorismus gekommen?

KINKEL: Ich würde mir wünschen, daß es so wäre. Jedenfalls ist es eine völlig neue Entwicklung. Und hoffentlich eine historische Zäsur.

SPIEGEL: Die Erklärung hat Sie und die Sicherheitsbehörden offenbar völlig überrascht.

KINKEL: Ja, das muß ich offen sagen. In dieser Deutlichkeit und zu diesem Zeitpunkt hatte das wohl niemand erwartet.

SPIEGEL: Die Experten haben eher damit gerechnet, daß aus den Zellen heraus eine Erklärung kommt.

KINKEL: Das ist richtig. Ich hatte mit meinen Bemühungen zunächst vor allem auf Bewegung unter den Inhaftierten gezielt. Nun bin ich positiv überrascht, daß diese Erklärung, so wie es aussieht, direkt von der RAF-Kommandoebene gekommen ist. Ich appelliere daher dringend an die inhaftierten RAF-Mitglieder, ebenfalls Gewalt abzulehnen, sich auf die neue Situation einzustellen und sich auf die politische Auseinandersetzung zu verlegen. Dies würde den gesamten Weg der Versöhnung erheblich erleichtern.

SPIEGEL: Bedeutet das RAF-Papier nicht nur einen Waffenstillstand auf Zeit, der von den Terroristen jederzeit gekündigt werden kann, wenn der



Justizpolitiker Kinkel: „Der Staat ist nicht der ewige Rächer“